

AKDB REPORT

Magazin für kommunale Verwaltungen und Unternehmen

27. Jhg. 04 | 2014



Gelungene Premiere

AKDB Kommunalforum mit allen Trends rund um die kommunale IT

eGovernment – kostenlose Basisdienste für Kommunen durch den Freistaat | Seite 10

eLearning – moderne Wissensvermittlung als Projekt der Innovationsstiftung | Seite 17

ALKIS®-Einführung – feste Pauschale, fairer Preis | Seite 24



Liebe Leserinnen und Leser,

Ende November 2014 sind die von den Bayerischen Kommunalen Spitzenverbänden nach der Kommunalwahl neu benannten Aufsichtsgremien der AKDB, Verwaltungsrat und Hauptversammlung, erstmals zusammengetreten. In beiden Gremien achten über vierzig Vertreter aus bayerischen Kommunen – Landräte, Bürgermeister und Verbandsvertreter – darauf, dass die AKDB ihre Rolle als IT-Dienstleister der bayerischen Kommunen sicher, zuverlässig und umfassend erfüllt.

Unter den beiden bisherigen Vorsitzenden der Gremien, Herrn Landrat a. D. Roland Schwing, Vorsitzender des Verwaltungsrates seit 2006 und stellvertretender Vorsitzender seit 1996, sowie Herrn Bürgermeister a. D. Michael Sedlmair, Vorsitzender der Hauptversammlung seit 1997, hat die AKDB eine gewaltige Entwicklung zu einem deutschlandweit tätigen, kommunalen IT-Dienstleister vollzogen. In ihrer Amtszeit etablierten sich in den 90er-Jahren die Tochtergesellschaften der AKDB, die kommIT GmbH für den deutschlandweiten Vertrieb, die LivingData GmbH als Systemhaus, die TERA GmbH für den Bereich Geoinformationssysteme sowie die DVKS GmbH für die Entwicklungsunterstützung. Neben vielen bayerischen Kommunen haben sich in den vergangenen fünfzehn Jahren deutschlandweit gerade auch Großstädte wie etwa Hamburg, Köln, Düsseldorf und Wiesbaden für den Einsatz von AKDB-Verfahren entschieden, was für einen kräftigen Wachstums- und Innovationsschub bei den AKDB-Angeboten sorgte, der allen AKDB-Kunden zugute kam. Neu entstand ab dem Jahr 2000 zudem das heute intensiv von den bayerischen Kommunen in Anspruch genommene Outsourcing-Angebot. 2009 wurde der Grundsatzbeschluss über die derzeit auf den Markt kommende Softwaregeneration SYNERGO getroffen. Nicht zuletzt übernahm die AKDB zentrale Infrastrukturfunktionen in Bayern wie die Einrichtung des bayerischen Melddatenbestandes ab 2007 und den Betrieb der bayerischen elektronischen Personenstandsregister ab 2013.

Diese langjährige Erfolgsgeschichte der AKDB wird unter den neuen Gremievorsitzenden fortgeschrieben werden: Neu gewählt wurde als Vorsitzender des Verwaltungsrates Herr Markus Pannermayr, Oberbürgermeister der Stadt Straubing, sowie als Vorsitzender der Hauptversammlung Herr Andreas Haas, Oberbürgermeister der Stadt Germering. Nach der Wahl haben beide Vorsitzende betont, dass sie sich auf eine interessante und herausfordernde Aufgabe bei der AKDB freuen. Die Mitglieder von Hauptversammlung und Verwaltungsrat stellten übereinstimmend fest, dass ihre Vorgänger ihnen eine in jeder Hinsicht erfolgreiche und gut geführte AKDB hinterlassen haben.

Auch ich bin gemeinsam mit meinem Vorstandskollegen Rudolf Schleyer der Überzeugung, dass die Voraussetzungen für eine Fortsetzung der Erfolgsgeschichte AKDB ausgezeichnet sind. Ich freue mich auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den benannten Gremienmitgliedern und wünsche den Vorsitzenden eine glückliche Hand bei der Ausübung ihres Amtes.

Allen Lesern wünsche ich einen gelungenen Start in ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2015!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Alexander Schroth".

Alexander Schroth
Vorstandsvorsitzender der AKDB

Lösungen und Trends rund um die kommunale IT

Über 700 Besucher, darunter viele Landräte, Bürgermeister und IT-Leiter, 50 verschiedene Vorträge und Präsentationen, hervorragende Resonanz: Die AKDB und ihre Partner zeigten im Münchener MVG Museum Lösungen und Trends rund um die kommunale IT.

ab Seite 14



Schwerpunkt

- | | |
|---|----|
| Auswirkungen des Bundesmeldegesetzes: | |
| Neue Anforderungen an das Meldwesen | 8 |
| Verwaltungsmodernisierung | |
| Montgelas 3.0 entlastet Kommunen | 10 |
| eGovernment-Pakt 2014 | 12 |
| Gelungene Premiere im MVG Museum: | |
| Publikumsmagnet AKDB Kommunalforum | 14 |
| eLearning zum Datenschutz: | |
| Kostet nichts, hilft viel! | 17 |
| Die neue Produktgeneration SYNERGO: | |
| Richtige Impulse bei der Neuentwicklung | 18 |

Kurz & aktuell

- | | |
|---|---|
| Überzeugende Sozialthemen in Würzburg | 4 |
| Leicht zur Zählerwechsel-App | 4 |
| eGovernment: Offenheit aus Prinzip | 5 |
| Bürgerservice-Portal: | |
| kdvz Rhein-Erft-Rur ist dabei! | 5 |
| Ingolstadt nutzt für die Online-Kfz-Abmeldung | |
| das Bürgerservice-Portal | 6 |
| Landkreis Mansfeld-Südharz: | |
| Zurück zu OK.VORFAHRT und OK.EFA | 6 |
| Die eGehaltsabrechnung kommt | 7 |
| Elternportal: Little Bird fliegt jetzt auch in Erding | 7 |

Recht & Verwaltung

- Mit OK.FIS eREB auf dem richtigen Weg 20
eAkten: Guter Start in die papierarme Zukunft 21

Kunden & Lösungen

- | | |
|---|----|
| Mehrwert durch Geo-Informationen | 22 |
| ALKIS®-Umstellung: Die AKDB | |
| kümmert sich um kommunale Geodaten | 24 |
| TERAwin-BHF – nicht nur für Bauhöfe | 25 |
| Führungskräfte-Konferenz | |
| für Versorgungsunternehmen | 26 |
| Service-Center Personalwirtschaft: | |
| Mehr Leistungen, mehr Service | 27 |

Intern

- Vorstandswechsel in den Gremien. 28

Nachgefragt

- Interview mit Collette Spielmann 30

Vorschau

- Themen der Report-Ausgabe 01 | 2015 31



eLearning zum Datenschutz

Unter www.elearning.bay-innovationsstiftung.de können jetzt alle Kommunen ein kostenloses eLearning-Modul zu den Themen Datenschutz und Datensicherheit nutzen. Registrierte Teilnehmer erhalten anschließend ein Zertifikat.

Seite 17



Service-Center Personalwirtschaft

Die Auslagerung von Lohn- und Gehaltsabrechnungen bringt Kommunen erhebliche Einsparungen. Die AKDB reagiert nun auf gestiegene Kundenwünsche mit einer deutlichen Ausweitung ihrer Serviceleistungen.

Seite 27

Überzeugende Sozialthemen in Würzburg

Am 17. September fand in Würzburg das erste bundesweite Anwenderforum Soziales für alle Kunden der AKDB-Produkte OK.JUG, OK.SOZIUS-SGB XII und OK.WOBIS statt.

Die Resonanz war riesig: Viele Teilnehmer aus Sozial- und Jugendhilfverwaltungen sowie Wohngeldstellen aus ganz Deutschland besuchten die Veranstaltung. Dort erwartete sie ein spannendes Tagesprogramm: Diskussionsforen zur Praxis wechselten sich ab mit interessanten Vorträgen zu fachlichen und gesetzlichen Themen, wie zum Beispiel der Vortrag vom Statistischen Bundesamt zur Neuregelung der Grundrischerungsstatistik. Auf großes Interesse stieß auch die Präsentation der neuen Produktgeneration OK.JUS.

Das Angebot zu persönlichen Gesprächen mit ihren AKDB-Kundenberatern nahmen viele Teilnehmer gerne an. Auch die Pausen wurden für den Austausch



Das Anwenderforum Soziales in Würzburg: Vorträge, Präsentationen, Diskussionsforen und eine hervorragende Resonanz der Besucher

untereinander genutzt. Die AKDB bedankt sich für die zahlreiche Beteiligung sowie für alle konstruktiven Beiträge und freut sich auf ein Wiedersehen

beim Anwenderforum Soziales 2015. Die Vorträge sind im AKDB-Kundenportal unter Aktuelles nochmals zum Nachlesen zu finden.

Leicht zur Zählerwechsel-App

Moderne Zeiten beim Softwarekauf: Unter dem Stichwort AKDB können OK.FIS-Kunden im Google-Play-Store oder bei iTunes shoppen gehen, zum Nulltarif. Alphabetisch sortiert erscheinen die AKDB-Apps, z.B. die Zählerwechsel-App hinter der Bürgerservice-App der VG Hinterschmiding. Nach der Auswahl muss der Benutzer nur noch die Installationsnachfrage bestätigen, dann steht ihm das hilfreiche Werkzeug zur Verfügung. Der Einsatz ist ebenso unkompliziert: Zählerbestandsdaten und Zählerlager

werden per Kabel oder online aus OK.FIS auf das Tablet geladen, anschließend werden die Daten zum Zeitpunkt der Außerbetriebnahme des alten Zählers am Zählerstandort erfasst und schließlich geht der neue, frisch geeichte Zähler datentechnisch in Betrieb.

Die Zählerwechselinformationen laufen dann per Kabel oder online vom Tablet an OK.FIS zurück, dort wird der Zählerwechsel abschließend automatisch nachvollzogen. Voraussetzung ist ein kosten-

6. BayGT-mobil AKDB ★★★★★
7. Himmelkron AKDB ★★★★★
8. VG Hinterschmiding AKDB
9. Zählerwechsel AKDB ★★★★★

pflichtiges Modul in OK.FIS. Die manuelle Erfassung der Daten aus Papierlisten gehört damit endgültig der Vergangenheit an. Ein weiteres gelungenes Beispiel, wie moderne Software die Arbeit erleichtert.

eGovernment: Offenheit aus Prinzip

Der Freistaat Bayern stellt den Kommunen dauerhaft und kostenfrei die Basisdienste Bürgerkonto bzw. BayernID, Postkorb und ePayment zur Verfügung. Diese kommen im Rahmen des Bürgerservice-Portals bereits erfolgreich zum Einsatz. Einen ausführlichen Bericht zum fortgeschriebenen eGovernment-Pakt lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Auf einer Veranstaltung für alle Hersteller kommunaler Fachverfahren zeigte die

AKDB, wie die Basisdienste mit ihren offenen Schnittstellen von unterschiedlichen kommunalen Fachverfahren für medienbruchfreie eGovernment-Prozesse genutzt werden können. Die AKDB stellte die technische Architektur und Funktionalitäten zu den drei Basisdiensten vor und diskutierte sie gemeinsam mit Vertretern von sechs interessierten Softwareanbietern intensiv anhand konkreter Produktivbeispiele im Bürgerservice-Portal.

EGOV



Die Beteiligten bewerteten den Informationsaustausch positiv und identifizierten gleichzeitig bereits konkrete Ansatzpunkte für den Einsatz der eGovernment-Basisdienste verschiedener Verfahrenshersteller.

Bürgerservice-Portal: kdvz Rhein-Erft-Rur ist dabei!

Das Bürgerservice-Portal der AKDB wird immer mehr zum bundesweiten Erfolgsmodell. Wie über 300 andere Kommunen setzt es nun auch die Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur, Frechen, in Nordrhein-Westfalen ein und wird es zukünftig selbstständig betreiben. Die Verbands- und Geschäftsführungen der kdvz Rhein-Erft-Rur, der kommlT GmbH und der AKDB unterzeichneten in der AKDB-Hauptverwaltung entsprechende Verträge.

Bei der Vertragsunterzeichnung begründete Geschäftsführer Karl Heinz Wergen die Entscheidung der kdvz: »Neben den wichtigen Basisfunktionen zur Identifikation hat die Einbeziehung der Bezahlfunktion ePayBL die Funktionalität des Portals abgerundet. Den Bürgern kann ein überzeugender Komplettservice angeboten werden.« Wergen deutete an, dass die kdvz das Bürgerservice-Portal mit seinen Diensten aus dem Meldebereich, dem Personenstandswesen und der Kfz-Zulassung mit weiteren Angebo-

ten ausbauen werde. AKDB-Vorstand Alexander Schroth freute sich über den Echteinsatz in Nordrhein-Westfalen und

den Beweis dafür, dass das Bürgerservice-Portal immer mehr »Vorbild für ganz Deutschland« werde, so Schroth.



Bei der Vertragsunterzeichnung in München: Geschäftsführer Karl Heinz Wergen, Verbandsvorsteher Heinrich Stommel (beide kdvz) und Andreas Hoffström (kommlT; vordere Reihe v. l.). Dahinter: AKDB-Vorstand Alexander Schroth, Dr. Patrick Lehmann (stellv. kdvz-Verbandsvorsteher), Michael Diepold und Hans-Peter Mayer (beide AKDB, v. l.).

Ingolstadt nutzt für die Online-Kfz-Abmeldung das Bürgerservice-Portal

Ab 1. Januar 2015 wird es in Deutschland gesetzlich möglich sein, Fahrzeuge online abzumelden. Die Online-Außerbetriebsetzung ist die erste Stufe zur internetbasierten Fahrzeugzulassung (i-Kfz). Die Zulassungsstelle der Stadt Ingolstadt testet nun als bundesweit erste Behörde gemeinsam mit der AKDB im Rahmen eines Pilotprojekts die Online-Außerbe-

triebsetzung im Bürgerservice-Portal, bevor sie 2015 bei allen Kunden eingeführt wird.

Die Ausnahmegenehmigung für den Pilotbetrieb der Stadt Ingolstadt wurde vom bayerischen Innenministerium erteilt. Zentrales Element ist das Bürgerservice-Portal der AKDB, das bereits

seit Mitte 2011 allen Ingolstädter Bürgern ein umfangreiches Angebot an Online-Bürgerdiensten bereitstellt und nun um die Online-Außerbetriebsetzung ergänzt wurde. Die dezentrale Portaltechnologie der AKDB erfüllt bereits jetzt die notwendigen Einsatzvoraussetzungen für die sogenannte medienbruchfreie Außerbetriebsetzung und damit für durchgängige Prozesse von A bis Z: Authentifizierung mit der eID-Funktion des neuen Personalausweises, Bezahlung mittels ePayment sowie eine sichere Rückmeldung über die erfolgreiche Aktion per Bürgerkonto an den Bürger. Gleichzeitig testet die AKDB den vom Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg bereitgestellten i-Kfz-Webservice und wird zum 1. Januar 2015 einen reibungslosen Gesamtbetrieb der ersten Stufe von i-Kfz sicherstellen.



Online-Abmeldungen von Fahrzeugen sind bald über eine dezentrale Lösung wie das Bürgerservice-Portal der AKDB möglich. Bei der Stadt Ingolstadt läuft schon der Pilotbetrieb.

Landkreis Mansfeld-Südharz: Zurück zu OK.VORFAHRT und OK.EFA

Bereits früher setzte der damalige Landkreis Sangerhausen in Sachsen-Anhalt im Bereich Verkehrswesen AKDB-Produkte ein. Die Landkreise Sangerhausen und Mansfelder Land fusionierten jedoch im Jahre 2007 im Rahmen der Kreisgebietsreform zum Landkreis Mansfeld-Südharz. Nach diesem Zusammenschluss fiel auf politischer Ebene die Entscheidung, dass der neue Landkreis zukünftig die im Landkreis Mansfelder Land eingesetzten Produkte eines Mitbewerbers nutzen werde. Keine sonder-

lich gute Idee, fühlten sich doch die Mitarbeiter des Altlandkreises Sangerhausen nach eigenen Angaben »in die Steinzeit« zurückversetzt.

Da nicht erst die Arbeit mit dem Mitbewerberprodukt, sondern bereits dessen Einführung holprig verlief, startete nach kurzer Zeit eine Initiative für einen baldigen Wechsel zurück zu OK.VORFAHRT und OK.EFA. Seit Mitte Oktober befindet sich der Kunde nun im Echtbetrieb. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt

dem großen Engagement der Mitarbeiter des Landkreises zu verdanken. Nach gelungener Produkteinführung stehen gleich die nächsten Schritte an: die Einführung der Internet-Geschäftsvorfälle IGV und des i-Kfz-Portals.

Die Bürger können dann Anträge in den Bereichen Kfz-Zulassung und Fahrerlaubnis online abwickeln. Das bedeutet mehr Bürgerservice, weniger Behördengänge und eine spürbare Entlastung der öffentlichen Verwaltung.

Die eGehaltsabrechnung kommt

Trotz Digitalisierung und Vernetzung hat sich das Modell des papierarmen Büros noch nicht überall durchgesetzt: Gehaltsabrechnungen werden zum Beispiel monatlich hunderttausendfach im AKDB-Rechenzentrum gedruckt, kuvertiert und an die Arbeitgeber zur Verteilung versandt.

Das ist aber nach der Entgeltbescheinigungsverordnung nicht zwingend erforderlich. Dort ist nur geregelt, dass »Beschäftigte eine Entgeltbescheinigung in Textform für jeden Abrechnungszeitraum mit der Abrechnung des Entgeltes« bekommen müssen. Neben dem klassischen Papierausdruck kann die Information also auch in anderer Form zur

Verfügung gestellt werden, zum Beispiel ressourcen- und kostenschonend durch ein PDF-Dokument.

Diese Rechtslage hat die AKDB zum Anlass genommen, auch die Gehaltsabrechnung für die Beschäftigten in elektronischer Form bereitzustellen. Um den hohen Sicherheitsanforderungen in diesem Bereich gerecht zu werden, kommen nur besonders abgesicherte Portale in Frage – etwa mit der Portaltechnologie der AKDB.

Die Gehaltsabrechnung wird als PDF-Dokument im persönlichen Postkorb des Beschäftigten abgelegt, worauf nur dieser selbst zugreifen kann.



Zur Ablage der Dokumente meldet der Beschäftigte seiner Personalstelle eine Postkorb-ID, eine mehrstellige Nummer, die er bei der Einrichtung des Portals erhält. Diese ID wird beim Arbeitnehmer in OK.PWS hinterlegt und steuert die Ablage der Gehaltsabrechnung in elektronischer Form.

Elternportal: Little Bird fliegt jetzt auch in Erding

Seit Anfang September setzt die Stadt Erding als erste Kommune Bayerns bei der Vergabe ihrer Kinderbetreuungsangebote auf das neue interaktive Elternportal Little Bird. Nach kostenfreier Re-

gistrierung und Anmeldung können unter www.little-bird.de gewünschte Plätze dann auch direkt online angefragt werden.

Little Bird erleichtert den Eltern die Suche nach Betreuungsplätzen und erfasst frühzeitig den Bedarf für eine nachhaltige Planung. Nun arbeiten rund 300 kommunale, konfessionelle und freie Träger in acht Bundesländern mit Little Bird. Damit ist der »kleine Vogel« für rund 2.500 Betreuungsanbieter im gesamten Bundesgebiet im Einsatz. Der Leiter der AKDB-Geschäftsstelle Oberbayern, Georg Göbl, eröffnete gemeinsam mit Erdings Oberbürgermeister Max Gotz und Verantwortlichen der Little Bird GmbH das Portal: »Das Portal soll die Möglichkeit geben, frühzeitig einen

Platz zu buchen. Das schafft Planungssicherheit für alle Beteiligten und macht den gesamten Vergabeprozess viel überschaubarer«, so Göbl.

Die AKDB übernimmt Vertrieb und Hosting für die bayerischen Kommunen und ist damit deren erster Ansprechpartner. Für die Verwaltung der Betreuungsplätze ergänzt Little Bird die Software adebis-KITA der AKDB.

Insgesamt arbeiten in Bayern rund 4.000 Kitas mit diesem Verwaltungsprogramm. Little Bird wird zukünftig durch eine Schnittstelle ganz einfach in die bestehende Verwaltungsstruktur integriert. Inzwischen startete mit Garching eine weitere oberbayerische Stadt mit dem Elternportal Little Bird.



Beim Start von Little Bird in Erding: Frauke Sturm, Katrin Sievert, OB Max Gotz, Alois Gabauer und Kindergarten-Leiterin Christina Nuspl, Georg Göbl (AKDB) und Little Bird-Geschäftsführerin Anke Odrig (v. l.)

Neue Anforderungen an das Meldewesen



Dieser Beitrag setzt die Informationsserie der AKDB über Ziele, Auswirkungen und Umsetzung des neuen Bundesmeldegesetzes fort. Der AKDB-Report beleuchtet die Auswirkungen des Bundesmeldegesetzes auf die Produkte im Einwohnerwesen. Welches sind die wichtigsten Konsequenzen für die Geschäftsprozesse? Was bedeutet das konkret für die Meldebehörden?

Im Zusammenhang mit den Auswirkungen auf die Produkte im Einwohnerwesen lohnt es sich zunächst, einen kurzen Blick auf zwei wichtige technische Voraussetzungen für die Umsetzung des Bundesmeldegesetzes zu werfen.

Voraussetzungen für die Umsetzung des Bundesmeldegesetzes

Die elektronischen Datenübermittlungen im Meldewesen basieren auf dem standardisierten Datenaustauschformat XMeld. Voraussetzung für die Umsetzung des Bundesmeldegesetzes ist die neue Version XMeld 2.1. Diese Version

erfordert nicht nur eine Anpassung der derzeitigen Datenübermittlungen im Meldewesen, sondern definiert auch mehrere neue Datenübermittlungen wie zum Beispiel an die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften, an das Kraftfahrt-Bundesamt und zur Bevölkerungsbewegungsstatistik.

Änderungen wird es auch beim DSMeld geben, dem einheitlichen Datensatz für das Meldewesen. Diese Änderungen wirken sich insbesondere auf länderspezifische und individuelle Datenübermittlungen aus, die noch nicht durch XÖV-Standards wie etwa XMeld und

XAusländer für den Datenaustausch innerhalb und mit der öffentlichen Verwaltung geregelt sind.

Auswirkungen des Bundesmeldegesetzes auf die Produkte im Einwohnerwesen

Das Bundesmeldegesetz wirkt sich natürlich in starkem Maße auf die Fachverfahren im Einwohnerwesen wie OK.EWO aus. Ebenso sind auch die Online-Auskunftssysteme der AKDB für Melderegisterauskünfte betroffen. Hier ist in erster Linie das Bayerische Behördeninformationssystem BayBIS zu nennen. Daneben hat das Bundesmeldegesetz Auswirkungen auf die zentrale einfache Melderegisterauskunft ZEMA für private Poweruser und auf die Bürgerauskunft. Konkrete Auswirkungen können exemplarisch an einigen wenigen Beispielen zu OK.EWO erläutert werden.



Eine weitreichende Änderung ist die neue unstrukturierte Namensschreibweise. Namen und Namensbestandteile wurden bisher in getrennten Datenfeldern gespeichert und übermittelt. Zukünftig müssen Namen und Namensbestandteile neben der bisherigen strukturierten Schreibweise auch unstrukturiert, das heißt in einem Datenfeld, erfasst werden. Auf Dauer soll die strukturierte Namensschreibweise entfallen.

Neue Pflichten für Vermieter

Eine weitere Auswirkung ist die durch eine Änderung des DSMeld bedingte neue Definition von Wohnungen. Bei Wegzügen ins Ausland ist zukünftig die Anschrift von Auslandswohnungen zu speichern. Eine neue Regelung im Bundesmeldegesetz ist die wieder eingeführte Mitwirkung des Wohnungsgebers bei An- oder Abmeldungen. So muss der

Wohnungsgeber einer meldepflichtigen Person den Ein- oder Auszug für die Mitteilung an die Meldebehörde schriftlich oder elektronisch bestätigen. Folglich ist künftig die Speicherung des Wohnungsgebers im Fachverfahren erforderlich.

Neue Bestimmungen kommen auch bei Auskunftssperren wegen Gefahr für Leib und Leben sowie für bedingte Sperrvermerke zum Tragen. Sofern bei einer Person eine Auskunftssperre durch eine sogenannte Sicherheitsbehörde veranlasst wurde, zum Beispiel Polizei, Verfassungsschutz oder Bundesnachrichtendienst, muss jede Anfrage zu dieser Person an die jeweilige Sicherheitsbehörde gemeldet werden. Somit muss zukünftig die Meldebehörde bei der Beantragung einer Auskunftssperre die beantragende Behörde speichern. Mit dem abschließenden Beispiel greift der Report die einfachen Melderegisteraus-

künfte an private Stellen auf. Zukünftig muss der Anfrager erklären, dass er die Daten nicht für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels verwendet, außer die angefragte Person hat der Übermittlung für diese Zwecke zugestimmt. Diese Regelung bringt mit sich, dass in OK.EWO die Möglichkeit für diese Zustimmung zu realisieren ist.

Fazit

Die wenigen Beispiele zeigen die vielfältigen Auswirkungen des Bundesmeldegesetzes auf die Einwohnerfachverfahren. Dessen Umsetzung erfordert in den Fachverfahren Anpassungen der Datenmodelle durch den geänderten Umfang der zu speichernden Daten, Anpassungen von Auskunfts- und Änderungsmasken, von Geschäftsprozessen und von Auswertungen sowie geänderte und neue Datenübermittlungen.



Betriebskostenfreie eGovernment-Basisdienste des Freistaats Bayern

Montgelas 3.0 entlastet Kommunen

Portal. Der vierte Punkt, ganz aktuell den Kommunen kommuniziert, ist die Beförderung von eGovernment durch die dauerhafte und betriebskostenfreie Bereitstellung sogenannter zentraler Basisdienste für staatliche Dienststellen und alle kommunalen Gebietskörperschaften durch den Freistaat Bayern.

gistrierungen bei unterschiedlichen kommunalen und staatlichen eGovernment-Angeboten entfallen – genauso wie eine Verwaltung unterschiedlicher Nutzerkonten und -zugänge. Der Nutzer erhält mit der BayernID einen einzigen Zugang für alle kommunalen und staatlichen Online-Angebote in Bayern.

Zentrale Basisdienste

Mit der Bereitstellung dieser zentralen Basisdienste wird den Kommunen in Bayern der Einstieg in das eGovernment sowie die Bereitstellung eigener attraktiver eGovernment-Dienste für ihre Bürger spürbar erleichtert. Bei den Basisdiensten, die bereits im Rahmen des Bürgerservice-Portals der AKDB erfolgreich zum Einsatz kommen, handelt es sich um die BayernID für die Authentifizierung, den Postkorb für die sichere Kommunikation und das ePayment zum elektronischen Bezahlen. Diese Dienste stellen sozusagen das Rückgrat eines ganzheitlichen eGovernments dar.

Mit der BayernID eröffnen sich zudem neue Möglichkeiten, am Bedarf der Bürger ausgerichtete eGovernment-Angebote bereitzustellen. Mit dem sogenannten »Single Sign-on« müssen sich Nutzer mit einer BayernID nur noch einmal für die Nutzung der eGovernment-Angebote verschiedener Diensteanbieter anmelden. Umständliche Mehrfachre-

Das gleiche Prinzip gilt auch für den Postkorb, der Bestandteil der BayernID ist. Er ermöglicht eine sichere Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung sowie umgekehrt. Nachrichten verschiedener Behörden, communal wie staatlich, stehen dem Bürger in einem Postfach zur Verfügung. Umgekehrt kann der Nutzer mit allen Behörden über seinen zentralen Postkorb kommunizieren. So können Bürger der Verwaltung zum Beispiel im Rahmen von Antragsprozessen auch zusätzlich erforderliche Unterlagen und Nachweise bereitstellen. Da der Postkorb im Rechenzentrum der AKDB betrieben wird, einer sicheren, abgeschlossenen und BSI-zertifizierten Umgebung, lassen sich personenbezogene Informationen über ihn problemlos austauschen – Datenschutz und Datensicherheit sind gewährleistet.

Zunehmende Bedeutung des ePayments

Wer durchgängiges eGovernment anbieten möchte, kommt an elektroni-

Mit seiner Digitalisierungs-Strategie, die im Frühjahr vom bayerischen Finanzminister Dr. Markus Söder unter dem Titel »Montgelas 3.0« erstmals präsentiert wurde, soll das eGovernment in Bayern sowohl im staatlichen als auch im kommunalen Bereich systematisch vorangetrieben werden. Welche Auswirkungen hat das für die bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke?

Es gibt vier wesentliche Kernpunkte dieser Offensive: die Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für das eGovernment durch das bayerische eGovernment-Gesetz, eine noch intensivere Zusammenarbeit mit den Kommunen über den bayerischen eGovernment-Pakt und die Bündelung der Informationen zu staatlichen und kommunalen eGovernment-Angeboten im sogenannten Bayern-

Maximilian Graf von Montgelas (1759 – 1838) war Jurist und Historiker. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten lag auf den Gebieten der Außen- und Innenpolitik. Beeinflusst von Aufklärung und Französischer Revolution sowie als erklärter bayerischer Patriot, entwickelte er zwischen 1777 und 1799 Pläne für eine weitreichende Modernisierung der Verwaltung und Politik Bayerns, die er dann als Minister umsetzte.

(Quelle: wikipedia.org, Standbild auf dem Münchner Promenadeplatz von Karin Sander)

schen Bezahlmöglichkeiten nicht vorbei. Verwaltungsdienstleistungen sind nämlich in vielen Fällen mit Gebühren für den Antragsteller verbunden. So nimmt auch der Basisdienst ePayment eine weitere wichtige Rolle im Rahmen der Basisdienste für die Kommunen ein. Verschiedene Bezahlvarianten wie Kreditkarte, Giropay und zukünftig auch PayPal bieten einfache und den Bürgern aus dem privatwirtschaftlichen Bereich vertraute Anwendungsmöglichkeiten.

Die Basisdienste verfügen über offene Schnittstellen. So können alle Kommunen und staatlichen Verwaltungen in Bayern diese Basisdienste in eigene eGovernment-Prozesse einbinden – bis hin zu eigenen Portallösungen.

Spürbare Entlastung der Kommunen

Die dauerhafte und betriebskostenfreie Bereitstellung der drei Basisdienste durch den Freistaat trägt auch einer klaren Trennung zwischen staatlichen und kommunalen Verantwortlichkeiten Rechnung. So entscheiden die Kommunen, welche fachlichen kommunalen eGovernment-Angebote sie ihren Bürgern anbieten wollen, und tragen auch den Aufwand, der für die Bereitstellung und den Betrieb dieser Angebote unter Einbindung der kostenfreien Basisdienste anfällt.

Für Kommunen, die ihren Bürgern zum Beispiel über das Bürgerservice-Portal der AKDB bereits eGovernment-Services zur Verfügung stellen, bedeutet dies, dass sie finanziell entlastet werden. Sie können sich also ganz auf die Bereitstellung fachlicher eGovernment-Angebote konzentrieren.

Allen bayerischen Kommunen, die derzeit noch nicht über derartige eGovernment-Angebote verfügen, stehen nun mit der dauerhaften und betriebskostenfreien Bereitstellung der Basisdienste keine finanziellen Einstiegshürden mehr im Weg. Ganz im Gegenteil: Die zentralen Basisdienste bilden eine praxisbewährte und vor allem zukunftsfähige Basis für das bayerische eGovernment!

Weitere Informationen sind bei den regionalen Vertriebsberatern der AKDB erhältlich.

»Digitaler Schulterschluss«



Übten den digitalen Schulterschluss: Josef Pellkofer, Zweiter stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, Herbert Eckstein, Zweiter Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Dr. Markus Söder, Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Norbert Hartl, Zweiter Vizepräsident des Bayerischen Bezirketags (von links)

»Wir haben heute einen Pakt für den Bürger und die Wirtschaft geschlossen«, verkündete Finanzminister und CIO Dr. Markus Söder anlässlich der Unterzeichnung des neuen eGovernment-Pakts mit den Kommunalen Spitzenverbänden. Von der AKDB waren bei der Unterzeichnung der geschäftsführende Direktor Alexander Schroth und der Geschäftsstellenleiter von Mittelfranken Robert Dietz mit anwesend.

Der eGovernment-Pakt wurde erstmals 2002 zwischen dem Freistaat Bayern und den Kommunalen Spitzenverbänden abgeschlossen und 2009 angepasst. Am 13. November 2014 wurde in Nürnberg die Neufassung des Pakts vom IT-Beauftragten (CIO) der Bayerischen Staatsregierung, Dr. Markus Söder, und Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände unterzeichnet. Der Pakt besteht aus den drei Hauptsäulen eGovern-

ment-Portale, Geodatenkomponenten und IT-Sicherheit.

eGovernment-Portale

Ziel ist es, die von Kommunen und Freistaat angebotenen Leistungen schneller, einfacher und rund um die Uhr abrufbar zu machen. Hierfür sollen Freistaat und Kommunen ihre Angebote an digitalen Verwaltungsdienstleistungen für Bürger und Wirtschaft ausbauen und auf

Basis einer gemeinsamen Infrastruktur anbieten. Mit dem sogenannten »BayernPortal« wird die Grundlage geschaffen, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Wohnort ein einheitliches digitales Serviceangebot in Anspruch nehmen können.

Der Freistaat finanziert dauerhaft die notwendige gemeinsame technische Infrastruktur. Es handelt sich dabei um die Bayern-ID, einen digitalen Postkorb und ein ePayment-Verfahren, die von der AKDB allen bayerischen staatlichen Stellen und Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist dabei insbesondere, dass die Kommunen auf dieser Basis eigene Portale für ihre Dienstleis-



**Interview mit Dr. Uwe Brandl,
Präsident des Bayerischen Gemeindetags**

tungen anbieten können. »Hand in Hand mit den Kommunen werden wir den digitalen Verwaltungskreislauf schließen«, betonte Söder.

GDI-BY Geokomponente des eGovernments

Die Geodateninfrastruktur Bayern (GDI-BY) umfasst alle Daten, die einen räumlichen Bezug haben. Damit haben sie eine hohe Bedeutung für zahlreiche kommunale Aufgaben, die ebenfalls häufig einen örtlichen Bezug besitzen. Ziel dieser Säule ist es, die Kommunen am Aufbau und Betrieb der GDI-BY zu beteiligen, da so die Vielfalt der angebotenen Daten deutlich erhöht werden kann. Die Einführung von Geoinformationssystemen und Geodatennutzung auf der kommunalen Ebene soll vom Freistaat unterstützt werden. Vor allem soll eine Beratung von Kommunen bei der Bereitstellung von Geodaten erfolgen sowie eine gegenseitige Abstimmung bei der weiteren Entwicklung von Standards im Geoinformationswesen.

IT-Sicherheit und Datenschutz

Die Bedeutung von Datenschutz und Datensicherheit nimmt für die tägliche Arbeit stetig zu. Daher wollen Freistaat und Kommunale Spitzenverbände die Kommunen für diese grundlegende Thematik weiter sensibilisieren. Ziel ist es insbesondere, ein für die Kommunen praktikables IT-Sicherheitsniveau zu schaffen. Söder appellierte in diesem Zusammenhang: »Es lohnt sich für alle Gemeinden, sich an das Behördennetz anzuschließen. So werden die von den Bürgern anvertrauten Daten maximal gegen Missbrauch oder vor Verlust geschützt.«

Zusammenarbeit

Diese drei Säulen sollen in gegenseitiger, guter, konstruktiver Zusammenarbeit

Herr Brandl, was erwarten Sie sich von dem erneuerten eGovernment-Pakt 2014?

Wir versprechen uns einen Schub für die kommunalen eGovernment-Angebote, denn die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass die Verwaltung ihnen einen optimalen elektronischen Service anbietet. Ich begrüße insbesondere, dass der Freistaat die zentralen Basis-Infrastrukturen in Bayern dauerhaft und kostenfrei zur Verfügung stellt. Der »digitale Schulterschluss« zwischen Freistaat und Kommunen ist für das kommunale eGovernment eine große Chance. Dabei ist wichtig, dass die kommunale Selbstverwaltung gewahrt bleibt. Dies ist durch die Bereitstellung der Infrastrukturen durch die AKDB gewährleistet. Für verbindliche Rahmenbedingungen muss das geplante bayerische E-Government-Gesetz sorgen, indem es etwa regelt, dass Verwaltungsprozesse im Internet verbindlich durchgeführt werden können

Welche Bedeutung hat die im Pakt vereinbarte Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der IT-Sicherheit?

Selbstverständlich hat die IT-Sicherheit genau wie der Datenschutz für die Kommunen allerhöchste Bedeutung. Allerdings gibt es in der Zusammenarbeit mit dem Freistaat immer wieder andere Ansichten darüber, wie diese Sicherheit in der Fläche am besten gewährleistet werden kann. Ich bin der Überzeugung, dass die im Pakt vereinbarte engere Zusammenarbeit der Schlüssel für eine praktikable weitere Verbesserung von Datenschutz und Datensicherheit ist. Vorschläge und die Unterstützung der AKDB sind hierbei sicher natürlich auch stets willkommen.

Was ist aus dem Vorhaben GDI-BY zu erwarten?

Rund 80 Prozent aller kommunalen Verwaltungsvorgänge haben einen Raumbezug. Dies zeigt die Bedeutung von Geodaten für die Arbeit in den Rathäusern. Durch die Vereinbarung wird die Zusammenarbeit zwischen Vermessungsverwaltung und den Kommunen weiter verbessert, so dass die Städte und Gemeinden die Daten künftig umfassender nutzen können, etwa indem die vorhandenen Datenbestände stärker harmonisiert werden. Dies kommt der Verwaltungsarbeit und damit letztendlich auch der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern zugute.

ausgebaut werden. Hierzu ist eine frühzeitige Einbeziehung der Kommunalen Spitzenverbände in die Projektarbeit und eine gegenseitige Information vereinbart. Dem Pakt ist als Anlage eine Projektliste beigelegt, in der die eGovernment-Projekte, die vom Freistaat und den Kommunen gemeinsam realisiert werden sollen, aufgezählt sind. Die grundlegenden rechtlichen Rahmenbedingungen für die vereinbarten Projekte wird der Freistaat mit dem geplan-

ten bayerischen eGovernment-Gesetz im Sommer 2015 schaffen. »Mit dem heute erneuerten eGovernment-Pakt bekräftigen wir die enge und intensive Zusammenarbeit bei der Digitalisierung der bayerischen Verwaltung«, erklärte Söder. Der AKDB kommt dabei die Aufgabe zu, die vereinbarten Ziele aus dem eGovernment-Pakt in Abstimmung mit den Bayerischen Kommunalen Spitzenverbänden und dem Freistaat mit umzusetzen.

Gelungene Premiere im MVG Museum

Publikumsmagnet AKDB Kommunalforum

akdb
Kommunalforum



Digitale Verwaltung –
innovativ und bürgernah

03.11.2014 · München · MVG Museum



Das über Wochen im Voraus ausgebuchte AKDB Kommunalforum im Münchner MVG Museum war für AKDB, Lösungspartner und Besucher gleichermaßen erfolgreich. Eines der Trendthemen bei den über 700 Gästen war die neue Produktgeneration SYNERGO, die einen ersten Ausblick bietet, wie einfach, integrativ und teamfähig der Verwaltungsarbeitsplatz der Zukunft aussehen kann. Landräte, Bürgermeister, IT- und Hauptamtsleiter sowie Sachbearbeiter aller Verwaltungsebenen nutzten die Gelegenheit, sich über alle Trends rund um die kommunale IT zu informieren. Besonders wichtig war den Besuchern auch der interkommunale Austausch.

Unter dem Motto »Digitale Verwaltung – innovativ und bürgernah« hatte die AKDB Kunden und Partner aus der kommunalen Landschaft zu einem neuen Veranstaltungsformat in die 5.000 Quadratmeter große Halle des Münchner

MVG Museums eingeladen. Umgeben von Werkstattatmosphäre, historischen Arbeitsfahrzeugen, Straßenbahnen und Bussen präsentierten die AKDB und ihre Ausstellungspartner genau die Themen, die Kommunen bewegen. Das bewiesen

nicht zuletzt die rund 700 Teilnehmer aus Kommunen, Politik, Wissenschaft und Verbänden, der große Andrang in den Fachforen und Themenbussen sowie die bereits seit Wochen im Voraus ausgebuchte Veranstaltung.

Leistungsschau und Vorträge auf großer Bühne und in Themenbussen

Neben Präsentationen innovativer IT-Lösungen und Dienstleistungen aus allen fachlichen Bereichen kommunaler Aufgaben skizzierte die AKDB gemeinsam mit über 20 Mitausstellern heutige und zukünftige Herausforderungen und



Die Reaktionen vieler Veranstaltungsbesucher sprechen für sich: »Die Vorträge im Plenum haben uns neue Aspekte für unsere Arbeit gezeigt, vor allem, wohin der Weg in der kommunalen IT gehen wird«, sagte etwa Rüdiger Werner, Kämmerer vom Markt Kösching im Landkreis Eichstätt. Die Marktverwaltung ist seit 2012 Kunde der AKDB.

Im Bild von links nach rechts: Michael Hunner, Rüdiger Werner, Kämmerer Markt Kösching, Paul Tobias, Vertriebsberater der AKDB

Begeistert von einem der organisierten Bürgermeister-Rundgänge zeigte sich Bürgermeisterin Andrea Rothenbucher von der Verwaltungsgemeinschaft Hettstadt bei Würzburg: »Dort haben wir die wichtigsten Informationen des Kommunalforums erhalten. Wir führen gerade das Bürgerservice-Portal ein, dazu beantworteten die AKDB-Experten alle offenen Fragen.«

Andrea Rothenbucher, Bürgermeisterin (im Bild links), Michaela Cieslik, Kämmerin der Verwaltungsgemeinschaft Hettstadt bei Würzburg, gemeinsam mit Jürgen Schömig, AKDB-Geschäftsstellenleiter Unterfranken



Im Vortragsprogramm waren hochkarätige Referenten wie Professor Karsten Huffstadt von der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt. Der ausgewiesene IT-Experte warf durch Google Glass einen Blick in die Zukunft der globalen Digitalisierung – mit all ihren Chancen und Risiken.



stellte in diesem Zusammenhang besonders SYNERGO vor – die technologische Weiterentwicklung der OK-Verfahrensfamilie. Aus dem gesamten Bundesgebiet waren Gäste ins Münchner MVG Museum gekommen, um sich zu zentralen IT-Themen zu informieren. Auch Datensicherheit und Datenschutz spielten dabei eine zentrale Rolle. Ein kostenloses eLearning-Angebot der Innovationsstiftung Bayerische Kommune bietet allen kommunalen Mitarbeitern die Möglichkeit, sich online auf dem aktuellsten Stand zu halten. Das Vortragsprogramm bot Antworten auf Fragen, beispielsweise wie man mit einem be-

quemen Terminmanagement volle Bürgerwartezimmer vermeidet, wie das Geberbeamte der Zukunft aussehen kann, wie die Jugend- und Sozialhilfe vom neuen OK.JUS unterstützt wird, wie Verwaltungen mit elektronischen Akten nicht nur Kosten und Archivraum sparen oder wie intelligente eGovernment-Lösungen das moderne Rathaus besonders bürgernah machen.

AKDB als Innovationstreiber

In seinem Gastbeitrag dankte Staatssekretär Franz Josef Pschierer der AKDB für ihre hervorragende und zuverlás-

sige Arbeit in zahlreichen innovativen eGovernment-Projekten wie etwa bei der medienbruchfreien Kfz-Abmeldung in Ingolstadt, einem der Vorzeigeprojekte für eGovernment in Deutschland: »All das wäre ohne unseren Partner AKDB nicht möglich«, so Pschierer.

Wie internetfähige Geräte wie Smartphones, Tablets und Wearables sowie die globale Digitalisierung unsere Arbeitswelt und die Gesellschaft revolutionieren, zeigte besonders beeindruckend Dr. Karsten Huffstadt, Professor der Wirtschaftsinformatik an der Hochschule Würzburg-Schweinfurt, in seinem

Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer dankte der AKDB für deren innovative eGovernment-Projekte – im Bild zwischen dem Vorstand der AKDB, Alexander Schroth (links) und Rudolf Schleyer.



Die fast 300 Kilometer lange Anfahrt nahmen Bürgermeister Klaus Meyer (rechts) und Kämmerer Stefan Döllinger (Mitte) vom Markt Neualbenreuth aus dem Landkreis Tirschenreuth gerne in Kauf: »Auf der Veranstaltung konnten wir uns von der Vielfalt der Softwarelösungen überzeugen. Besonders interessiert hat uns die Bürgerservice-App. Schließlich wollen wir als Verwaltung auch die junge Generation erreichen«, sagte Meyer.

Links im Bild: Wolfgang Brehovsky, AKDB-Geschäftsstellenleiter Oberpfalz

Vortrag »iPad, Apps und Google Glass – wohin führt die Reise?«.

Bayerns Landesbeauftragter für Datenschutz, Dr. Thomas Petri, beschrieb in seiner Rede die umfangreichen datenschutzrechtlichen Anforderungen an eGovernment-Plattformen und bezeichnete in diesem Zusammenhang die AKDB als »Datenverarbeiter, der eine Infrastruktur bietet, der man vertrauen kann«. Datenschutz ist für Kommunen von grundlegender Bedeutung, da sie die Verantwortung für eine große Menge sensibler Bürgerdaten tragen. Gleichzeitig nutzen Kommunen als Erste die neuesten Technologien in der Verwaltung.

Angesichts der positiven Resonanz bei Besuchern und Partnern wird die AKDB ihr Kommunalforum im Zweijahresrhythmus ausrichten. Das nächste Forum dieser Art findet im Herbst 2016 statt.



Im Hauptforum, aber auch in Werkstattatmosphäre inmitten historischer Arbeitsfahrzeuge, Straßenbahnen und wie hier im Bild Bussen präsentierten AKDB und Ausstellungspartner die Kommunen bewegen.



Neuestes Projekt der Innovationsstiftung Bayerische Kommune

eLearning zum Datenschutz: Kostet nichts, hilft viel!

Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune – 2010 errichtet von den vier bayerischen kommunalen Spitzenverbänden und der AKDB – fördert innovative Projekte und Forschungsvorhaben im Bereich der kommunalen IT, mit dem Ziel einer modernen, zukunftssicheren Verwaltung. Die Stiftung hat auf dem Kommunalforum ihr neuestes Projekt vorgestellt: ein kostenloses eLearning-Angebot für Kommunen zum Thema Datenschutz und Datensicherheit.

Jetzt bietet die Stiftung ein auf kommunale Bedürfnisse zugeschnittenes eLearning-Angebot zum Thema Datenschutz und Datensicherheit an. Die Inhalte wurden auf Grundlage des Bayerischen Datenschutzgesetzes speziell auf die kommunalen Anforderungen hin erarbeitet. Kommunale Mitarbeiter müssen für die tägliche Arbeit sensibilisiert werden, etwa im Umgang mit Passwörtern, der Weitergabe von Daten oder der Nutzung von mobilen Geräten. Die Kommunen können in einer praxisnahen Anwendung Erfahrungen mit dem modernen Instrument eLearning sammeln und erhalten einen entsprechenden Nachweis.

Das eLearning-Modul steht allen bayerischen Kommunen und kommunalen Einrichtungen bis Ende Juli 2015 kostenfrei zur Nutzung zur Verfügung. Die sinnvolle und notwendige Weiterbildung kommunaler Mitarbeiter entspricht der Zielsetzung der Stiftung, nämlich den »Transfer von Erkenntnissen und deren innovative Anwendung in öffentlichen Einrichtungen« zu unterstützen. Nach erfolgreichem Durchlauf des eLearning-Moduls bekommen registrierte Teilnehmer ein aus dem System erstelltes Zertifikat.

Was müssen Kommunen tun, um das »eLearning-Angebot zu Datenschutz

und Datensicherheit« in Anspruch zu nehmen? Nach einer E-Mail-Registrierung können alle Teilnehmer das eLearning-Programm ganz einfach mit jedem internetfähigen PC nutzen. Registrierun-

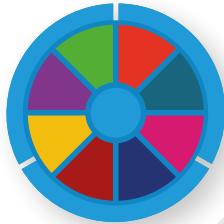


gen müssen bis Mai 2015 erfolgt sein. Hilfestellungen und Support für Teilnehmer und Administratoren werden, falls erforderlich, vom Anbieter des eLearning-Programms geleistet.

Das Portal zeigt verschiedene Abschnitte:

- Nur 3 Schritte...**: Ein Video-Thumbnail mit dem Titel „Datenschutz in der Kommune nur 3 Schritte entfernt!“.
- Login**: Ein Formular mit den Feldern „Vorname Nachname“, „Kennwort“, „Komune“ und „Passwort vergessen?“. Ein Hinweis „Ihre Komune ist noch nicht registriert.“ ist ebenfalls angezeigt.
- Datenschutz in der Kommune**: Ein Abschnitt mit dem Titel „nur 3 Schritte entfernt!“ und einer Beschreibung des Angebots.
- Das Projekt**: Eine blaue Box mit einem Leuchtturmlampen-Symbol und dem Text: „Die Innovationsstiftung der bayerischen Kommunen hat gemeinsam mit der AKDB ...“.
- Warum Datenschutz**: Ein roter Pfeil mit einem Hammer-Symbol.
- Einsatz von eLearning**: Ein gelber Pfeil mit einem Fragezeichen-Symbol.
- Kostenfreie Version starten**: Ein grüner Pfeil mit einem Pfeil-Symbol.
- Links**: „Gesetzliche Grundlagen und Links“.
- Unterstützung**: „Kontakt | Datenschutz | Impressum“.

Unter www.elearning.bay-innovationsstiftung.de können Kommunen ein kostenloses eLearning-Angebot zum Thema Datenschutz und Datensicherheit nutzen. Nach einer E-Mail-Registrierung funktioniert das Modul auf jedem internetfähigen PC.



AKDB stellt neue Produktgeneration SYNERGO vor

Richtige Impulse bei der Neuentwicklung

Anlässlich ihres Kommunalforums präsentierte die AKDB ihre neue Generation kommunaler Software. Produkte der SYNERGO-Generation stehen dabei für besonders teamfähige, wirtschaftliche, zukunftssichere und leicht bedienbare Lösungen. Der Wechsel auf eine neue, aktuelle Technologie bildet die Grundlage der Softwareangebote für die nächste Dekade. SYNERGO kennzeichnet ein Konzept, das den neu entwickelten Softwarelösungen und Fachverfahren der AKDB nicht nur ein hohes Maß an technologischen Innovationen beschert, sondern echte Synergien für alle Anwender bietet. Die AKDB greift damit die gestiegenen Anforderungen und Erwartungen der Verwaltungspraxis auf.

Mit der in einigen Verfahrensbereichen bereits vollzogenen Umstellung auf SYNERGO ist die AKDB Trendsetter und innovative Speerspitze unter den Softwareherstellern und Dienstleistern im kommunalen IT-Markt. Inhaltlich bietet die neue Generation moderne Oberflächen, optimale Bedienbarkeit, zahlreiche Integrationsmöglichkeiten und nicht zuletzt ideale Rechenzentrumsfähigkeiten. Die Darstellung mit dem typischen SYNERGO-Label symbolisiert das fachübergreifende Zusammenspiel aller AKDB-Softwareangebote. Warum investiert die AKDB in die Entwicklung von SYNERGO?

**Teamorientiert, zugangsoptimiert,
wirtschaftlich und bestechend
einfach – für alle**

SYNERGO begründet eine neue Generation integrativer Bürgerbüro- und Verwaltungs-Arbeitsplätze, die sich in

der Vorgangsbearbeitung besonders teamorientiert und kommunikativ zeigt. Einheitliche, prozessorientierte Oberflächen unterstützen dabei, fachlich komplexe Vorgänge einfach und schnell zu erledigen. Individuelle Startseiten für Sachbearbeiter und Management-Cockpits für Führungskräfte informieren über anstehende Aufgaben und Kennzahlen. Das sorgt für optimale Prozessunterstützung und schafft Synergien über alle Fachbereiche hinweg.

»Mit der rasanten Verbreitung von Smartphones und Tablets erwarten die Bürger gerade in diesem Bereich neue Serviceangebote«, so die Rückmeldung eines überzeugten Kunden. Dieser zunehmenden Bedeutung mobiler Geräte trägt SYNERGO Rechnung, denn Mobilität spielt schon längst nicht mehr nur im Privaten eine zentrale Rolle. Kunden konnten sich vom bereits vorhandenen Angebot, beispielsweise der Bürger-

Gemeinsame Bediensequenzen sind über alle unterschiedlichen Programme gleich und machen ein häufiges Wechseln zwischen den Anwendungen überflüssig. Ob stationär, online oder sogar mobil: Die neu entwickelte SYNERGO-Produktgeneration bringt Fachverfahren und Online-Dienste immer einfach und anwenderfreundlich auf alle Arbeitsplätze. So sieht der Büro-Arbeitsplatz der Zukunft aus.

service-App, überzeugen. Die neue Produktgeneration bietet Anwendern deswegen je nach Anforderung immer optimale Zugänge zu allen Fachverfahren – vom stationären Arbeitsplatz für den professionellen kommunalen Anwender über webbasierte Online-Bürgerdienste bis hin zu App-Lösungen, beispielsweise für die mobile Inventarisierung in der Verwaltung. Das macht Lösungen der SYNERGO-Generation besonders zukunftssicher.

Ebenso flexibel zeigt sich SYNERGO auch in den Betriebskonzepten. Ob autonom beim Kunden vor Ort, als Hosting-Service aus dem BSI-zertifizierten Rechenzentrum der AKDB oder über regionale Rechenzentrumspartner: Automatisierte Installations- und Updateroutinen, verfahrensübergreifende Administration sowie zentrale Funktionen und Dienste sorgen für einen stets produktiven Betrieb. Bei der Nutzung von Fachverfahren im RZ genügt als Arbeitsplatz ein internetfähiger PC, aufwändige Servertechnologie, Datenbanklizenzen und ausgeklügelte Sicherheitskonzepte müssen kundenseitig nicht vorgehalten werden.

Ein wesentliches Merkmal der neuen Softwaregeneration ist die bestechend einfache Bedienung: leistungsfähig, schnell erlernbar und übersichtlich. Ge-

Geburtsdatum	Name, Vorname	Anschrift	Geschlecht	Eintrittsdat...	Austrittsdat...	aktiv
01.01.1981	Mustermann, Maximiliane		weiblich	14.02.2014		ja

meinsame Funktionen und Bediensequenzen sind über alle Verfahren gleich, unnötiges Hin- und Herspringen zwischen Anwendungen oder aufwändige Mehrfacheingaben gehören der Vergangenheit an.

SYNERGO-basierte Fachverfahren sind bereits vielfach im Einsatz

Die Vorteile der neuen Produktgeneration kommen bereits beim neuen Fachverfahren OK.VERKEHR zum Einsatz, das sich derzeit bei mehreren Zulassungsbehörden im Pilotbetrieb befindet. Auch OK.JUS, die neue Softwaregeneration für Jugend und Soziales, überzeugt erste Pilotanwender durch seine Fähigkeit, komplexe Prozesse flexibel und individuell abzubilden. Und schließlich beziehen immer mehr Kommunen das neue OK.GEWERBE als Hosting-Service aus dem BSI-zertifizierten Rechenzentrum der AKDB.

Die AKDB legt großen Wert darauf, bereits während der Entwicklung der neuen Produkte ihre Kunden in den Entwicklungsprozess direkt mit einzubeziehen. So kam es schon in diesem Stadium zu positivem Feedback aus dem Kundenkreis. »Die Resonanz auf die

offiziellen Präsentationen und Produktvorführungen hat uns darin bekräftigt, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Diesen werden wir konsequent weiterverfolgen«, so Markus Hofmann, Leiter Entwicklung, Qualitätsmanagement und technisches Marketing bei der AKDB.





eRechnung

Mit OK.FIS eREB auf dem richtigen Weg

Seit Mai 2014 gilt die EU-Richtlinie 2014/55/EU: Danach müssen öffentliche Auftraggeber eRechnungen annehmen können, wenn diese im Rahmen eines Vertragsverhältnisses auf Grundlage einer europaweiten Ausschreibung gestellt werden. Der Rechnungssteller kann erst einmal weiterhin Rechnungen in beliebigem Format versenden.

Schwung kommt in dieses Projekt dadurch, dass die nationalen Parlamente aufgefordert sind, entsprechende Regelungen zu erlassen. Als spätester auch für Kommunen verbindlicher Termin wurde der 27. November 2019 festgelegt. Aber bereits über zwei Jahre früher, nämlich bis zum 27. Mai 2017, will die EU-Kommission die Norm für die europäische Rechnungsstellung veröffentlichen. Für Softwareanbieter wird es also im Mai 2017 spannend: Dann müssen letzte Anpassungen an den Lösungen vorgenommen werden.

Vollständiger Workflow ist die Voraussetzung

2017, 2019, alles noch ferne Zukunftsmusik? Falsch, das Thema eRechnung wird die Kommunen schon viel früher beschäftigen. Nur ein vollständiger Workflow – von der Erstellung der Rechnung über Versendung und Annahme bis hin zur Verarbeitung der Rechnung im Finanzverfahren – garantiert den mit der Richtlinie angestrebten Erfolg. Einfache Bilddateien genügen den Anforderungen des europäischen Normgebers nicht mehr. Das Projekt eRechnung ist viel weitreichender: Ziel ist nicht nur, zu oben genannten Terminen elektronische Rechnungen annehmen zu können, sondern vielmehr, den gesamten Zyklus eines Rechnungslaufes elektronisch abzubilden. Voraussetzung dafür ist auf der Seite des Rechnungsempfängers der Betrieb eines vollständigen elektronischen Workflows. Viele Kunden des Finanzverfahrens OK.FIS bzw. FINzD sind

hier mit dem Einsatz des elektronischen Rechnungseingangsbuches (eREB) auf dem richtigen Weg. Für sie bedeutet die neue Richtlinie nur die Öffnung eines weiteren Eingangskanals im vorhandenen Workflow. Allen anderen Kommunen wird die AKDB rechtzeitig ein richtlinienkonformes Angebot machen.

AKDB-Angebot nach ZUGFeRD

Dieses Angebot könnte wie folgt aussehen: Das eREB liest den Rechnungsdatensatz und bereitet die Daten für die weiteren Schritte im Workflow auf. Die Kernelemente einer Rechnung, wie im deutschen Standard ZUGFeRD (Zentraler User Guide des Forums elektronische Rechnung Deutschland) beschrieben, werden in den Workflow übernommen und mit den Stammdaten im Finanzverfahren abgeglichen. Der Validierungs- und Freigabeprozess wird dadurch ganz erheblich beschleunigt. Die bildhafte Darstellung ist wie bisher gewährleistet.



Weniger Aufwand mit elektronischen Akten

Guter Start in die papierarme Zukunft

Auf jeder Veranstaltung zur Verwaltungspraxis stehen die eGovernment-Themen **papierarme Verwaltung und eAktenführung auf der Agenda ganz oben. Grund dafür ist nicht zuletzt das eGovernment-Gesetz, das die Einführung der elektronischen Aktenführung für die Bundesverwaltung verbindlich vorsieht und an dem sich künftige Verordnungen orientieren. Details dazu regeln die Grundsätze des Bundesinnenministeriums zur elektronischen Aktenführung und zum ersetzen Scannen.**

Auf Landes- und kommunaler Ebene gibt es zahlreiche Projekte, die sich mit elektronischen Akten und der medienbruchfreien Vorgangsbearbeitung befassen. Erkundigt man sich bei den Verwaltungen zu deren Haltung, hört man von großen Projekten, ganzheitlichen Ansätzen und obersten Prioritäten. In der Praxis findet man dann leider nur wenige, die tatsächlich medienbruchfrei mit elektronischen Akten arbeiten.

Warum ist das so? Den Beobachter beschleicht das Gefühl, dass die Verantwortlichen in den Verwaltungen getrieben von der öffentlichen Diskussion das Thema eAkten nur aus einer ganzheitlichen Projektsicht sehen und einen weiten Anlauf zu einem Sprung über eine vermeintlich hohe Hürde nehmen. Viel Energie wird in Konzepte und Projektgruppen gesteckt, ohne entscheidend vorwärtszukommen. Doch genau hier greift der praxisorientierte Ansatz der AKDB.

Unnötige Prozesse bleiben auch elektronisch unnötig!

Gemeinsam mit Kunden und Ansprechpartnern auf den jeweiligen Verwaltungsebenen hat sich die AKDB auf mögliche Widerstände gegen ein derartiges Projekt eingestellt. Dabei hat die

AKDB berücksichtigt, dass es trotz nötiger IT-Komponenten nicht um ein reines IT-Projekt geht. Es handelt sich vor allem um ein Organisationsthema – oberste Priorität sollte besitzen, Akzeptanz bei allen Prozessbeteiligten in der gesamten Verwaltung zu schaffen. Dabei gilt die Devise, dass unnötige Prozesse auch über eine elektronische Abwicklung nicht besser werden.

Wo also führt der Einsatz elektronischer Akten am schnellsten zu messbaren Erfolgen? Die zentralen kommunalen Aufgaben werden durch Fachverfahren unterstützt, zum Beispiel im Einwohnermeldewesen, Sozial- und Finanzwesen, Kfz-Zulassungs- und Führerscheinwesen usw. Eine Vielfalt an Informationen wird dabei parallel zum Fachverfahren auch noch in Papier-Akten geführt. Elektronische Fallakten beschleunigen die Prozesse, beseitigen Papierarchive, reduzieren den Suchaufwand und sorgen für höhere Transparenz usw. Vor diesem Hintergrund besteht der strategische Ansatz der AKDB darin, elektronische Akten in die Fachverfahren zu integrieren. Damit arbeitet jeder Sachbearbeiter in der für ihn vertrauten Umgebung. Je nach Berechtigung besteht zusätzlich die Zugriffsmöglichkeit über das Dokumenten-Managementsystem. Die insgesamt fast 20 unterschiedlichen eAkten



Die eAkten-Lösungen der AKDB erfüllen die zahlreichen Anforderungen der Verwaltung:

- Überschaubarkeit durch schrittweise Projekteinführung
- Sicherstellung der Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns
- sichere und dauerhafte Aufbewahrung von Dokumenten
- vertraute Arbeitsumgebung für jeden Mitarbeiter
- unabhängiger und zeitgleicher Zugriff berechtigter Nutzer
- schnellste Orientierung im Vorgang
- schnelles Finden durch umfangreiche Suchfunktionen
- direkte Bearbeitung in der Akte und im Dokument, ohne Kopien
- Korruptionsprävention: transparentes Verwaltungshandeln
- geringere Kosten für Papier, Archiv und Transport

der AKDB sind in die Fachverfahren integrierte Lösungen, die mittlerweile bei fast 900 Kunden im Einsatz sind. Damit leistet die AKDB schon heute einen echten Beitrag zu einer spürbaren Aufwandsreduzierung in der Sachbearbeitung. Das sollte das Kernziel elektronischer Akten sein.

Mehrwert durch Geo-Informationen



Bürgermeister, Wirtschaftsförderer, Bauträger und kommunale GIS-Beauftragte kamen auf Einladung der AKDB zum Innovationsforum nach Würzburg. Dort vermittelten kurze Impulsvorträge allen Beteiligten neue Perspektiven. Wie wichtig das Thema ist, beweist auch der jüngst fortgeschriebene eGovernment-Pakt der bayerischen Staastregierung.

Welche kommunalen webbasierten GIS-Dienste bieten echten Mehrwert für Bürger, Wirtschaftsbetriebe und Kommunen? Welche Rolle spielt die Kommune bei der fortschreitenden digitalen Inventarisierung? Wie wichtig ist es für Kommunen, sich anhand von Geodaten vorteilhaft zu präsentieren? Decken Suchmaschinen wie Google und Online-Branchenverzeichnisse bereits alle Bedürfnisse ab? Hat die traditionelle Ortseingangstafel bald ausgedient? Und welche Geo-Informationen werden heute auf einer modernen kommunalen Website erwartet?

Bereits zum dritten Mal in Folge richtete die AKDB eine Expertenrunde zu einem aktuellen Fokusthema aus. Nach den beiden AKDB Kunden-Innovationsforen zu den Themen eGovernment & Online-Bürgerdienste sowie innovative Outsourcing-Dienste wurde am 23. Oktober in Würzburg über die Rolle und Bedeutung kommunaler webbasierter GIS-Dienste diskutiert. Eingeladen waren Bürgermeister, Vertreter der Wirtschafts- und Regionalförderung, Bauträger sowie kommunale GIS-Beauftragte und Bürger. »Geografische Auskunftssysteme und der Abruf räumlicher Bezugsdaten spielen sowohl im kommunalen als auch im wirtschaftlichen und privaten Bereich eine immer größere Rolle«, sagt Wolfram Weisse, Leiter Kommu-

nikation und Marktentwicklung bei der AKDB und zugleich Moderator des Expertenkreises. »Viele von uns nutzen georeferenzierte Daten fast täglich, ob in Form eines Routenplaners oder bei der gezielten Recherche nach einer standortgebundenen Dienstleistung, die dann per Stecknadel auf einer Karte angezeigt wird«, so Weisse weiter.

Georeferenzierung ist heute allgegenwärtig: Klassische Anwendungen von Geoinformationssystemen sind die Geografie, der Umweltschutz, das Regionalmarketing, die Stadtplanung, aber auch Logistik, Ressourcenmanagement und Katastrophenschutz. Spätestens mit dem Siegeszug mobiler Endgeräte wie Smartphones und Tablets ist die Suche

auf interaktiven Karten im Internet für jeden von uns längst zum gewohnten Standard geworden. Welche Rolle spielt dabei das Informationsangebot von Städten, Landkreisen und Kommunen?

Chancen und Grenzen webbasierter GIS-Dienste

Einen ganzen Tag lang erörterten Repräsentanten der Stadt Würzburg, der umliegenden Gemeinden und der Wirtschaftsregion Mainfranken Chancen, Nutzen und Grenzen webbasierter GIS-Dienste für Bürger, Gewerbe und Verwaltung. AKDB-Vertreter aus den Bereichen Marktentwicklung und Grundstückswesen/Bau/GIS lieferten mit kurzen Impulsvorträgen zu den heutigen technologischen Möglichkeiten den Startschuss für eine rege Diskussion.

»Beim Thema GIS-Dienste gibt es viele Perspektiven. Jeder hat seinen ganz spezifischen Bedarf. Umso wichtiger ist es, gemeinsame Sichtweisen zu identifizieren, die in Geoinformationsdienste mün-



Von links nach rechts: Felix Kummer, Christian Albert (beide AKDB), Georg Walk (TERA GmbH), Matthias Pusch (IHK Würzburg-Schweinfurt), Theresia Oettle-Schnell (Region Mainfranken GmbH), Alexander Porzelt (Stadt Würzburg), Ulrich Gauer (Landratsamt Würzburg), Thomas Eberth (Gemeinde Kürnach), Wolfram Weisse (AKDB), Klaus Elze (Markt Remlingen) und Richard Meyer (AKDB)

den, die sowohl Nutzern als auch Anbietern Mehrwert bieten», erklärt Weisse. Das gelingt mit der sogenannten Persona-Technik. Personas sind fiktive Personen oder Personengruppen, die typische Anwender einer zuvor definierten Zielgruppe repräsentieren. Sie verdeutlichen wichtige Eigenschaften und mögliche Wünsche der Zielgruppen und helfen bei konzeptionellen Entscheidungen. Wer interessiert sich für freie Gewerbeblächen innerhalb des Verwaltungsbereiches und welche weiteren Informationen sind noch wichtig? Welchen Mehrwert böten Informationen über Gewerbesteuerbesätze, gewerblichen Mietpreisspiegel oder die Konkurrenzsituation? Schon heute lassen sich in modernen GIS-Anwendungen Exposés, Videos und Echtbilder hinterlegen – wichtige Entscheidungshelfer für eine mögliche Ansiedlung.

Effektives Leerstand-Management gefragt

Weiteres Thema, das alle Kommunen auf die ein oder andere Weise beschäftigt:

Innerortspotenziale in Altbeständen und Leerständen zu identifizieren und im Rahmen der Ortskernerneuerung bestmöglich zu vermarkten bzw. nutzbar zu machen. Hier kann auch die räumliche Analyse von Einwohnermelde- und Wählerdaten, möglich beispielsweise über die AKDB-Lösung w³EWO, wichtige Hilfe leisten. Für die Vermarktung besonderer Objekte sei auch wichtig, etwaige Anreize und Förderungen direkt im GIS-Dienst zugänglich zu machen.

Sehr differenziert sahen die Teilnehmer des Expertenforums auf das Thema Regionalvermarktung. Zwar sei es aus kommunaler Sicht wünschenswert, sich in aller gewerblichen Vielfalt zu präsentieren, um auch gerade für junge Leute attraktiv zu bleiben, jedoch sei dies nur leistbar, wenn die Daten über intelligente Portale aktuell gehalten würden.

Eine steigende Bedeutung maßen einige Teilnehmer auch dem Bereich Nachbarschaftshilfe zu. Ob Tauschbörse, gegenseitige Dienstleistungen oder Mitfahrgemöglichkeiten: Der sinnvolle Trend zur

Share Economy, also dem geteilten Zugriff auf Ressourcen, sei sowohl in der Stadt als auch auf dem Land ein Thema mit ausgesprochenem Zukunftspotenzial. Deutlich wurde auch: Google hat sich bei Bürgern als Einstiegsmedium für GIS-Auskünfte etabliert. Hochspezialisierte und verlässliche kommunale Geobasis- und Geofachdaten wie Bebauungspläne, Flächen- und Energienutzungspläne sowie detaillierte Informationen zur Infrastruktur bleiben jedoch Städten, Gemeinden, Landrätsämttern und Zweckverbänden vorbehalten. Gerade die Kombination unterschiedlicher Daten in einer oder in mehreren Kartenenschichten sei ein Mehrwert, den bislang nur die öffentliche Hand bzw. professionelle GIS-Lösungen, wie zum Beispiel OK.GIS, bieten können.

Für das kommende Jahr sind weitere Kunden-Innovationsforen geplant. Wer an einem der nächsten Termine teilnehmen möchte, kann sich mit einer kurzen Nachricht an kunden-innovationsforum@akdb.de über alle Termine und Themen informieren lassen.

ALKIS®-Umstellung: Die AKDB kümmert sich um kommunale Geodaten

Feste Pauschale, fairer Preis



Mit dem Abschluss der Generalvereinbarung mit dem Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung stehen Kommunen vor der Herausforderung, die umfassenden Geobasisdaten wie zum Beispiel DFK- und ALB-Daten bzw. ALKIS®-Daten, topographische Karten, Luftbilder, Hauskoordinaten, Höhenfestpunkte oder das digitale Geländemodell einzuspielen und zu aktualisieren.



Die Einspielung der Geodaten findet regelmäßig, aber nicht täglich statt. Somit müssen sich die Verantwortlichen jedes

Mal erneut in die Problematik einarbeiten, was zusätzlich zum Aufwand für die Einspielung Zeit in Anspruch nimmt. Dabei stellen sich stets wiederkehrende Fragen: Sind alle Daten vollständig integriert? Hat jeder Zugriff auf die aktuellen Karten? Sind alle Geodaten korrekt eingespielt?

Genau an dieser Stelle setzt die Dienstleistung der AKDB ein. Mit der Pflegepauschale **Datenpflege Geobasisda-**

ten/ALKIS® kümmert sich die AKDB um alles – von der Abholung bis zur Einspielung. So haben die Verwaltungen mehr Zeit, sich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren und können sich darauf verlassen, stets auf aktuelle Geodaten zuzugreifen. Bei Kunden, die Outsourcing betreiben, also ihre Verfahren und Daten in das Rechenzentrum der AKDB ausgelagert haben, werden die Daten direkt integriert. Ansonsten erfolgt die Einspielung per Telesupport. Durch das standardisierte Vorgehen der AKDB geht dies schnell und unkompliziert. Auch etwaige Fehler können so im laufenden Betrieb zügiger und einfacher durch den Support der AKDB behoben werden.

Immer mehr Verwaltungen entscheiden sich deshalb für die Pflegepauschale, vor allem jetzt, da durch die Umstellung auf das neue ALKIS®-Format ein erhöhter Aufwand für die Kommunen entsteht. Durch die feste Pauschale bietet die AKDB eine attraktive Möglichkeit, die Datenpflege zu einem fairen Preis, unkompliziert und gut kalkulierbar zu gestalten.

Neben diesem Angebot unterstützt die AKDB ihre Kommunen auch bei anderen GIS-Projekten: beispielsweise beim Einstellen und Digitalisieren von Papierplänen wie den Flächennutzungs- oder Bebauungsplänen, Einpflegen von Kanal- und Wassernetzdaten oder bei der Umsetzung von kundenspezifischen Projekten. Bei Interesse stehen die regional zuständigen Vertriebsberater oder direkt der AKDB-Kundensupport GIS unter der gebührenfreien Telefonnummer 0800/2553222-53 zur Verfügung.

Bauhof-Software vielseitig einsetzbar

Die passende Lösung TERAwin-BHF – nicht nur für Bauhöfe



Diese Softwarelösung kommt an: Anwender schätzen nicht nur einfache Bedienbarkeit und vielfältige Auswertungsmöglichkeiten von TERAwin-BHF, sondern vor allem auch die Flexibilität der Anwendung.

Ob Straßenmeistereien, Bauhöfe, Bäderbetriebe, Kläranlagen, Wasserwerke oder weitere gemeindliche Einrichtungen und Unternehmen – in TERAwin-BHF können Nutzer unterschiedliche Verwaltungseinheiten mit Hilfe der individuellen Kostenstellenstruktur und spezieller Arbeitszeitmodelle separat verwalten.

Die Vergabe von Mandantenrechten stellt sicher, dass beispielsweise der Bauhofleiter ausschließlich die dem kommunalen Bauhof zugehörigen Mitarbeiter bearbeitet, parallel dazu der Leiter des kommunalen Werkes nur seine Beschäftigten. Dieses Prinzip greift auch für Lagerverwaltung, Fahrzeuge, Maschinen und Geräte und nicht zuletzt

für die interne Leistungsverrechnung und die Schnittstelle zur Personalabrechnung der AKDB.

Gabriele Wagner von der Verwaltungsgemeinschaft Erftal ist von den variablen Einsatzmöglichkeiten der Software begeistert: »TERAwin-BHF ist universell einsetzbar. Wir nutzen es nicht nur für die klassische Bauhofverwaltung unserer Mitgliedsgemeinden, sondern auch für unseren Wasserzweckverband, die gemeindlichen Unternehmen wie Churfrankenvinothek und unsere Einrichtungen wie Wohnmobilstellplatz, Veranstaltungszentrum, Sportanlage usw. Ich kann auch komplexe und individuelle Arbeitszeitmodelle der Angestellten und

den Kostenaufwand der Einrichtungen problemlos abbilden und auswerten. So spare ich mir Zeit und zahlreiche Excel-Listen.«

TERAwin-BHF kann natürlich unabhängig von der Kommune auch in Eigenbetrieben, Kommunalunternehmen, privatrechtlichen kommunalen Unternehmen oder eigenständigen Zweckverbänden gewinnbringend eingesetzt werden. Auch Geschäftsführer Harald Weiß vom Abwasserverband Main-Mölling-Elsava weiß die Vorteile zu schätzen: »TERAwin-BHF hat sich für uns als wichtiger Baustein für eine effektive Verwaltung erwiesen. Wir können unsere Leistungen unkompliziert erfassen und weiterverrechnen sowie die Zuschläge unserer Mitarbeiter gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe in die Lohnbuchhaltung übergeben.«

Profilbezeichnung	Personal	Mateial	Technik	Kostenstellen
Kostenstelle				Recht
Markt Musterhausen				Kein Recht
Wasserwerk Musterhausen				Kein Recht
Kläranlage Musterhausen				Kein Recht
Bäderbetriebe Musterhausen				Stammdaten bearbeiten
3.0002 Therme Musterhausen				Stammdaten bearbeiten
Reinigungsarbeiten				Stammdaten bearbeiten
3.0001 Schwimmbad Musterhausen				Stammdaten bearbeiten
Bademeistertätigkeiten				Stammdaten bearbeiten

Maske zur einfachen Konfigurierung der Mandantenrechte





Lindau am Bodensee war der diesjährige Veranstaltungsort der Führungskräfte-Konferenz für Versorgungsunternehmen.

IT und Energiewirtschaft

Führungskräfte-Konferenz für Versorgungsunternehmen

In schönem Ambiente, auf der Insel Lindau im Bodensee, trafen sich Führungskräfte, Spezialisten und Anwender aus der Energiewirtschaft und von Stadtwerken zum Informations- und Meinungsaustausch über alle Themen rund um IT und Versorgungsunternehmen.

Rudolf Schleyer, Vorstandsmitglied der AKDB, begrüßte über 40 Teilnehmer und



In arbeitsintensiver Atmosphäre trafen sich in Lindau Führungskräfte von Energieversorgungsunternehmen und diskutierten IT-Themen.

präsentierte gleich zu Beginn der Veranstaltung Neuerungen und Trends rund um die Energiewirtschaft. Dabei betonte er die große Bedeutung der IT für diesen Wirtschaftssektor. Ohne leistungsstarke Software sei die Abwicklung der Stromwirtschaft nicht mehr möglich, da die Anforderungen der Stadtwerke auf Grund gesetzlicher Vorgaben immer höher würden, so Schleyer.

Die Veranstaltung bot einen kompakten Überblick über das Vertragsrecht der Energieliefer- und Netzzugangsverträge und beleuchtete zusätzlich die GVV-Novelle 2014. Der langjährige AKDB-Partner Schleupen AG präsentierte Produktneuerungen und Perspektiven im Zusammenhang des Erneuerbaren Energiegesetzes (EEG). Die Rechtslage des EEG befindet sich im ständigen Wandel und stellt deshalb besondere Herausforderungen an die Softwareentwicklung.

Ein Veranstaltungs-Highlight war die Vorstellung der Smart Meter Gateway Administration (SMGA) durch die AKDB. Der sogenannte Smart Meter dient

der Datenkommunikation zwischen den Marktakteuren auf dem Strommarkt, zum Beispiel dem Privathaushalt und den Stadtwerken, und soll dazu dienen, den Stromverbrauch genauer zu kalkulieren. Der Smart Meter soll bei bestimmten Kundengruppen den bisherigen Standard-Zähler ersetzen. Zwei weitere nützliche Tipps auf der Führungskräfte-Konferenz: die deutliche Kostensenkung in der Buchhaltung durch maschinelle Verarbeitung von Bankbelegen sowie die Verhinderung des sogenannten Karussellbetrugs durch das Reverse-Charge-Verfahren, eine Sonderregelung im Umsatzsteuerrecht.

Das neue Preis- und Lizenziertungs-Modell Schleupen.CS All-In-Flatrate wird von immer mehr Versorgern angenommen. Und schließlich konnte die AKDB stolz vermelden, dass mit den Stadtwerken Zwiesel inzwischen das zehnte Energieversorgungsunternehmen das Service-Rechenzentrum der AKDB nutzt. Auch das Rahmenprogramm nutzten die Teilnehmer zum intensiven Informationsaustausch.

Service-Center Personalwirtschaft

Mehr Leistungen, mehr Service



Viele Kunden wünschen sich eine deutliche Erweiterung der Services in der Lohn- und Gehaltsabrechnung vom Service-Center Personalwirtschaft für Kommunen und kommunale Unternehmen. Darauf hat die AKDB reagiert.

In der heutigen Zeit sind natürlich auch Verwaltungen aufgefordert, die Wertschöpfungstiefe zu erhöhen und Prozesse zu verschlanken. Mit der Auslagerung der Lohn- und Gehaltsabrechnung sparen sich Kunden die Spezialisten für Steuer-, Sozial-, Tarif-, Pfändungs- und Vermögensbildungsrecht. Die Spezialisten sind in der AKDB zu finden. In erster Linie übernimmt das SC-PERS alle Arbeiten rund um die Lohn- und Gehaltsabrechnung, die Gestaltung dienst- beziehungsweise arbeitsrechtlicher Maßnahmen sowie den Vollzug sonstiger personalwirtschaftlicher Aufgaben. Das Angebot reicht von A – wie Ausfüllen von Bescheinigungen – bis Z – wie Zusenden der fertigen Abrechnung in Papier- oder digitaler Form.

Der Kunde kann selbst bestimmen, welche Aufgaben die AKDB in welchem Umfang erledigen soll. Die Datenhaltung findet auf AKDB-Servern statt. Kunden und AKDB können die Personalmanagement-Anwendung OK.PWS auch gemeinsam nutzen. Somit können Kunden Auswertungen und Statistiken selbst erstellen, direkt in den Lohndaten lesen und so in den Genuss weiterer Vorteile der Software kommen.

Die AKDB verspürt derzeit eine hohe kundenseitige Nachfrage, den

Astrid Schadeberg leitet seit September 2013 den Bereich Service-Center Personalwirtschaft, der auf die Standorte Bayreuth, Nürnberg und München verteilt ist.

Sie und ihr kompetentes Team, das aus über 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besteht, freuen sich, nicht nur Anliegen und Wünsche der Kunden zu erfüllen, sondern auch neue Produkte und Dienstleistungen im SC-PERS zu entwickeln, die individuell auf die Bedürfnisse der Kunden zugeschnitten sind.



Die AKDB in der Mitte der kommunalen Familie

Die AKDB verfügt als Anstalt des öffentlichen Rechts über zwei Gremien, die bestimmte grundlegende Entscheidungen treffen und die satzungsge-mäße Tätigkeit der AKDB überwachen. Die vier Bayerischen Kommunalen Spitzerverbände bestimmen über die Besetzung der Gremien und benen-nen für die Amtszeit von sechs Jahren die Mitglieder von Verwaltungsrat und Hauptversammlung der AKDB.

Der Verwaltungsrat hat 14 Mitglieder, bestehend aus je drei Vertretern des Bayerischen Gemeindetags, des Bayerischen Städtetags und des Bayerischen Landkreistags und einem Vertreter des Bayerischen Bezirketags, sowie den vier Geschäftsführern der Bayerischen Kommunalen Spitzerverbände. Wichtigste Aufgaben des Verwaltungsrates sind etwa die Bestellung des Vorstands der AKDB, der Beschluss über die Aufgabenplanung der AKDB sowie Grundsätze zur Aufbauorganisation der AKDB.

Die Hauptversammlung besteht aus dreißig Mitgliedern, von denen jeweils neun vom Bayerischen Gemeindetag, vom Bayerischen Städtetag und vom Bayerischen Landkreistag sowie drei vom Bayerischen Bezirkstag benannt werden. Zu den Aufgaben der Hauptversamm lung zählen insbesondere der Beschluss über die Haushaltssatzung der AKDB, die Feststellung der Jahresrechnung und die Entlastung des Vorstands und des Verwaltungsrates. Zudem bildet die Hauptversammlung entsprechend den Vorschriften der Gemeindeordnung einen Rechnungsprüfungsausschuss.

Durch diese Besetzung beider Gremien mit Landräten, Bürgermeistern, Stadträten der großen Städte und den Vertre-

tern der Bayerischen Kommunalen Spitzerverbände wird sichergestellt, dass ausschließlich kommunale Belange in die grundlegenden Entscheidungen der AKDB einfließen. Dabei wird auch deutlich, dass die AKDB keinem Einfluss wirtschaftlicher Interessen Dritter unterliegt, sondern als Teil der kommunalen Familie ausschließlich im Interesse der bayerischen Kommunen handelt.

Jährlich finden regelmäßig mehrere gemeinsame Sitzungen von Verwaltungsrat und Hauptversammlung statt, in denen über die aktuellen Themen beraten und beschlossen wird. Der Rechnungsprüfungsausschuss tagt nach Bedarf.

In der Novembersitzung 2014 fanden die Neuwahlen der Vorsitzenden von Verwaltungsrat und Hauptversammlung statt. Der als Vorsitzende des Verwaltungsrates gewählte Markus Pannermayr, Oberbürgermeister der Stadt Straubing, stellte fest, dass er mit dem Vorsitz eine interessante Aufgabe übernehmen könne, die sich in einem sehr komplexen und stetigem Wandel unterworfenen Bereich bewege. Bei seinem Vorgänger, Landrat Roland Schwing, bedankte er sich für die bisherige Arbeit und dafür, dass er nun auf dessen ausge-

zeichneter Vorarbeit aufbauen könne. Der neu gewählte Vorsitzende der Hauptversammlung, Andreas Haas, Oberbürgermeister der Stadt Germering, bedankte sich bei seinem Vorgänger Bürgermeister Michael Sedlmair für dessen langjährigen Vorsitz und sagte, er freue sich auf die neue Aufgabe.

Die bisherigen Vorsitzenden waren sich einig, dass die gute Zusammenarbeit auch mit den Kommunalen Spitzerverbänden ein wichtiger Beitrag für kommunale IT-Projekte unter Beteiligung der AKDB waren, wie etwa die Einführung des bayerischen Melderegisters im Jahr 2007 oder die Verhandlungen mit dem Freistaat zur Einführung der zentralen elektronischen Personenstandsregister in Bayern, um nur zwei Beispiele zu nennen. Alle Teilnehmer hoben hervor, dass die AKDB eine besondere Einrichtung der bayerischen Kommunen sei, die immer die Interessen der Kommunen im Blick habe und dank ihrer vorausschauenden Tätigkeit deren Erwartungen auch sehr gut erfülle.

Nach der Durchführung der Wahlen wurden weitere Tagesordnungspunkte behandelt. Der Haushaltsplan 2015 wurde wie vorgeschlagen beschlossen. Unter anderem wurde ein Sachstandsbericht zu den elektronischen Personenstandsregistern sowie zur Finanzierung der eGovernment-Infrastrukturkomponenten durch den Freistaat Bayern gegeben und es wurde zum aktuellen Stand des i-Kfz-Vorhabens des Bundes in Bayern berichtet.



Die neue Spitze des Verwaltungsrats freut sich auf die Aufgaben: Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Markus Pannermayr (Mitte), mit seinen Stellvertretern Landrat Erwin Schneider (2. v. r.) und Dr. Jürgen Busse vom Gemeindetag (2. v. l.), eingerahmt vom Vorstand der AKDB, Alexander Schroth (l.) und Rudolf Schleyer



Der neue Vorstand der Hauptversammlung: Oberbürgermeister Andreas Haas, Bürgermeister Wolfgang Schenk und Bezirkstagspräsident Josef Mederer (v.l.) eingerahmt vom Vorstand der AKDB, Rudolf Schleyer (l.) und Alexander Schroth.

Verwaltungsrat

Vorsitzender:
Oberbürgermeister Markus Pannermayr

1. Stellvertreter:
Landrat Erwin Schneider

2. Stellvertreter:
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Gemeindetags
Dr. Jürgen Busse

Hauptversammlung

Vorsitzender:
Oberbürgermeister Andreas Haas

1. Stellvertreter:
Erster Bürgermeister Wolfgang Schenk

2. Stellvertreter:
Bezirkstagspräsident Josef Mederer

Rechnungsprüfungsausschuss

Vorsitzender:
Landrat Thomas Bold

Mitglieder:
Erster Bürgermeister Dr. Paul Kruck
Oberbürgermeister Henry Schramm
Stellvertretende Bezirkstagspräsidentin
Friederike Steinberger



Ein Gesicht zur bekannten Stimme: Collette Spielmann arbeitet seit 1999 im Zentralen Kundenservice. Die Mutter vier erwachsener Kinder stammt aus Niedersachsen und spricht schönes Schriftdeutsch. Aber unabhängig, ob aus dem Bayerischen Wald, aus der Rhön, aus der Oberpfalz, von der mittleren Donau oder aus dem südlichsten Allgäu, Collette Spielmann versteht alle Kunden und hat stets ein offenes Ohr. Ein Interview über Aufgaben, nette Anrufer und vor allem über Dienstleistung.

Interview mit Collette Spielmann (48), Zentraler Kundenservice

»Mehr als ein Callcenter!«

Frau Spielmann, seit einigen Jahren schon nehmen Sie im Zentralen Kundenservice täglich Anrufe entgegen. Schon einmal langweilig geworden?

Nie. Liegt sicher auch daran, dass sich im Laufe der Zeit die Aufgaben immer wieder verändert haben und dass wir ja nicht nur telefonieren, sondern zum Beispiel auch ständig Kundendaten aktualisieren und E-Mails bearbeiten. Und vor allem: Dass sich unser Produktportfolio so dynamisch weiterentwickelt. Da heißt es dranbleiben und sich informieren. Schließlich wollen wir im Callcenter die Anfragen zielgerichtet bündeln, an die jeweils zuständigen Spezialisten unserer Fachabteilungen und Geschäftsfelder adressieren und so den Kunden möglichst schnell helfen.

Wie läuft eine typische Arbeitssituation ab und wie gehen Sie mit ungeduldigen Anrufern um?

Anrufer, die die zentrale Servicenummer 1111 wählen, wollen einen Kundenberater sprechen, der Fragen zum Fachver-

fahren beantworten kann. Bei ungeduldigen Anrufern sind wir immer freundlich, im Einzelfall auch mal bestimmt. Wir haben viel Verständnis, vor allem, wenn sich Verwaltungsmitarbeiter in einer Ausnahmesituation befinden und ganz kurzfristig Hilfe brauchen. Eigentlich sind die Kunden auch in Stresssituationen überwiegend höflich zu uns. Viele von ihnen sind uns seit langem bekannt. Bei großen IT-Projekten oder Gesetzesänderungen verzeichnen wir eine starke Zunahme der Anfragen. Aber auch dann müssen wir um Verständnis bitten, dass wir das Anliegen aufnehmen, kategorisieren und weiterleiten. Wir vergeben eine Vorgangsnummer, die uns bei Rückfragen den Bearbeitungsstand des Calls zeigt. Wichtig ist, den zuständigen Fachsupporter zu finden, der sich dann möglichst schnell per Rückruf oder per E-Mail beim Kunden meldet.

Sind die Kunden mit dem Service der AKDB zufrieden?

Ja, insgesamt auf jeden Fall. Mein persönlicher Eindruck nach zehntausenden entgegengenommenen Anrufen: Die Kunden spüren, dass wir gerne helfen. Wir sind mehr als ein Callcenter. Hohe Kompetenz und Zuverlässigkeit bestätigen auch verschiedene Image- und Kundenzufriedenheitsumfragen. Die AKDB-Mitarbeiter, nicht nur im Kundenservice, werden von den Kunden aus allen Ebenen der kommunalen Verwaltung als freundlich und hilfsbereit beurteilt. Es freut mich, wenn ich dazu meinen Teil beitragen kann.

Was sind Ihre Hobbies? Vielleicht auch Telefonieren?

Ich lese viel und höre Musik. Außerdem bewege ich mich am liebsten in der Natur. Naja (lacht), nach einem langen Arbeitstag kann ich auf das eine oder andere Telefonat gerne verzichten ...

Lesen Sie in der nächsten Report-Ausgabe unter anderem ...

... über die elektronische Personalakte bei den medbo Regensburg



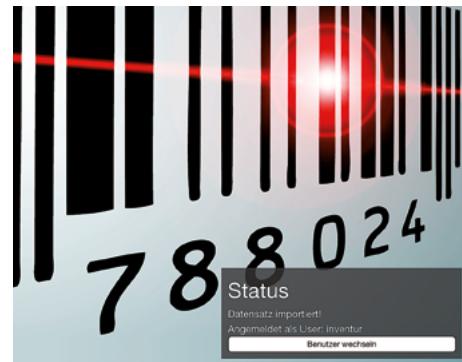
Die medbo – die Medizinischen Einrichtungen des Bezirks Oberpfalz – haben die elektronische Personalakte eingeführt. Die kommende Report-Ausgabe berichtet ausführlich darüber und bietet so eine Art Leitfaden für einen erfolgreichen Einführungsprozess.

... über den geplanten Messeauftritt der AKDB auf der CeBIT 2015



Die AKDB freut sich schon jetzt auf die CeBIT 2015. Vom 16. bis zum 20. März wird sie gemeinsam mit der Vertriebsstochter kommlT auf der weiterhin weltgrößten Computermesse in Halle 7 ihre innovativen IT-Lösungen und Dienstleistungen zeigen.

... über einen sinnvollen Einsatz von Apps in Kommunen



Mobile Anwendungen von AKDB-Fachverfahren werden für Sachbearbeiter immer wichtiger. Die Neuentwicklungen der AKDB richten sich nach dem Bedarf der Kommunen. Beispiele sind die Zählerwechsel-App und die Inventarisierungs-App aus dem Finanzbereich.

Impressum

AKDB REPORT | Magazin für Kommunen
27. Jahrgang, Heft 04 | 2014

Inhaber und Verleger

AKDB · Anstalt des öffentlichen Rechts
Hansastraße 12–16, 80686 München
Telefon: +49 89 59 03-0
Telefax: +49 89 59 03-18 45
E-Mail: presse@akdb.de, www.akdb.de

Herausgeber

Alexander Schroth
Geschäftsführender Direktor
Telefon: +49 89 59 03-18 24
E-Mail: alexander.schroth@akdb.de

Redaktion

Hans-Peter Mayer (verantw.)
Telefon: +49 89 59 03-15 32
E-Mail: hans-peter.mayer@akdb.de

Wolfram Weisse
Telefon: +49 89 59 03-15 16
E-Mail: wolfram.weisse@akdb.de

Andreas Huber
Telefon: +49 89 59 03-12 94
E-Mail: andreas.huber@akdb.de

Susanne Schuster
Telefon: +49 89 59 03-18 91
E-Mail: susanne.schuster@akdb.de

Konzept, Design
HOCH 3 GmbH . München

Bezugspreis
Bei Einzelbezug 7,50 EUR.
Für Kunden der AKDB ist der Bezug kostenlos.
Nachdruck nur mit Genehmigung der AKDB.
© 2014 AKDB

Fotonachweise:

Mathis Beutel: Seite 3 oben / Seiten 14 bis 16
fotolia © contrastwerkstatt: Seite 3 mittig
fotolia © fotodo und © Kurhan: Seite 3 unten
fotolia © schreckenstein: Seite 6
Presseamt der Stadt Erding: Seite 7 unten
fotolia © designaart und © froxx: Seiten 8/9
Heinz Gebhardt: Seite 11
Bayerisches Finanzministerium: Seite 12
© plainpicture / PhotoAlto: Seite 19
Forum elektronische Rechnung Deutschland;
Logo ZUGFeRD: Seite 20
fotolia © jorisvo: Seite 20
fotolia © Bilan: Seite 21
fotolia © julvektoria und © Matthias Enter:
Seite 25
fotolia © Kurhan: Seite 27 unten
Living Data: Seite 31 links
fotolia © Jürgen Fälchle: Seite 31 rechts
sowie AKDB



Teamplayer.

Der Bürgerbüro-Arbeitsplatz
powered by SYNERGO.



Sachbearbeiterin Monika A. und Kollege Guido S. packen privat gerne mal bei Umzügen von Freunden mit an. Und im Bürgerbüro sind sie dank SYNERGO bei Ummeldungen, Gewerbeanmeldungen und Kfz-Zulassungen ohnehin ein unschlagbares Team.

Die Zukunft der Verwaltung findet jetzt statt: Bei der Entwicklung einer völlig neuen Generation kommunaler Softwarelösungen hat die AKDB zwei Ziele verwirklicht – die bestmögliche Unterstützung der Verwaltungsmitarbeiter sowie einen einheitlichen Fachverfahrensrahmen namens SYNERGO. Der Name ist Programm: Die neu entwickelten Verfahren auf Basis SYNERGO wissen nicht nur durch den Einsatz modernster und offener Technologiestandards zu überzeugen, sondern sind durch ebenso fortschrittliche wie einheitliche Bedienkonzepte besonders schnell erlernbar. Das schafft Synergien über alle Fachbereiche hinweg und begründet eine ganz neue Klasse von Bürgerbüro- und Verwaltungs-Arbeitsplätzen, die sich in der Vorgangsbearbeitung besonders teamorientiert und kommunikativ zeigen.

Neugierig? Dann überzeugen Sie sich, wie integrativ und teamfähig die neuen Arbeitsplätze der SYNERGO-Generation sind.

NEU

Entdecken Sie jetzt die neuen Fachverfahren OK.GEWERBE, OK.JUS, OK.VERKEHR und viele weitere zukunftssichere Lösungen auf Basis SYNERGO.